

Albrecht von Lucke

Homo politicus oder animal asociale

Wie der Finanzkapitalismus den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet



Albrecht von Lucke

(* 1967) ist Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik* in Berlin. Bei Wagenbach erschien zuletzt: *Die gefährdete Republik. Von Bonn nach Berlin.*

albrecht.vonlucke@blaetter.de

Stuttgart 21 im »Stresstest«, die Banken im »Stresstest« – und was kommt als Nächstes? Müsste man bereits im Sommer das »Wort des Jahres« küren, könnte man eigentlich nur eines wählen. Ja, man hat den Eindruck, dass nicht nur Banken und Bahnhöfe, sondern die ganze Gesellschaft gegenwärtig einem ungeheuren Stresstest ausgesetzt ist. Und an der Spitze die Politik. Spätestens seit dem Crash von Lehman Brothers als dem eigentlichen Beginn der Finanzmarktkrise ist die Politik zu einer Getriebenen geworden, die den Ereignissen mehr oder weniger hilflos hinterherhechelt.

Woche für Woche werden neue Milliardenpakete – heute zur Rettung Griechenlands, morgen zu der Portugals und übermorgen zu der des Euro als solchem – als »alternativlos« ausgegeben, ohne dass die Maßnahmen für Otto Normalbürger überhaupt noch nachvollziehbar wären. Diese Entpolitisierung der Politik, die unter dem Begriff der Alternativlosigkeit firmiert und an der Spitze von einer zu politischer Begründung kaum befähigten Kanzlerin betrieben wird, hat höchst ambivalente Folgen.

Einerseits erleben wir eine neue Form gesellschaftlicher Politisierung, die sich unter dem Emblem des »Wutbürgers« gegen die eigene Bedeutungslosigkeit und das Primat der Wirtschaft auflehnt. Andererseits aber erleben wir radikale Formen des Ausstiegs aus der Politik. Bereits 1970, angesichts einer ersten, ungleich schwächeren Krise der westlichen Nachkriegsdemokratien, unterschied der Ökonom Albert O. Hirschman drei Handlungsstrategien

in gesellschaftlichen Stresssituationen, nämlich *Exit, Voice, and Loyalty*.

Heute, da die Loyalität zum demokratischen System zunehmend erodiert, entscheiden sich mehr und mehr Menschen für die postdemokratische *exit*-Option – und dagegen, ihre *voice*, ihre Stimme in der Demokratie geltend zu machen. Dieser geistig-politische Ausstieg aus der Gesellschaft, der durch die Finanzmarktkrise entscheidend forciert wurde, manifestiert sich sowohl am unteren als auch am oberen Rand der Gesellschaft. Unten sieht sich eine immer größere Zahl von Menschen schlicht von gesellschaftlicher Beteiligung ausgeschlossen und – ob als Prekariat, Überflüssige oder neue Unterklasse bezeichnet – zunehmend marginalisiert. Wenn nun noch der Eindruck hinzukommt, dass die Politiker ohnehin nur das machen, was die Finanzmärkte von ihnen verlangen, ist resignative Abwendung von der Politik die unweigerliche Folge. Die kontinuierlich wachsende Zahl der Nichtwähler gibt davon beredtes Zeugnis. Am oberen Ende der Gesellschaftspyramide beobachten wir den spiegelbildlichen Effekt. Dort probt eine immer stärkere Schicht einen anderen Aus-

stieg – indem sie sich nämlich als neue »globale Klasse« (Ralf Dahrendorf) von den nationalen politischen Bezügen löst und in die Welt internationaler Spekulationsgeschäfte verabschiedet. Auf diese Weise geht auch hier das gesamtgesellschaftliche Engagement immer stärker zurück, während das Interesse an individuellem Fortkommen immer größer wird.

So verbleibt der Demokratie eine immer kleinere gesellschaftliche Mitte, die sich für das demokratische Gemeinwesen engagiert. Dieser Auszug aus der Demokratie ist jedoch keineswegs neuen Datums, sondern er begann bereits in den 80er Jahren, im Zuge der von Thatcher und Reagan verfochtenen Politik des radikalen Staatsabbaus. Seither dominiert das begründungslose Thatchersche Credo, als dessen getreue Erbin Angela Merkel heute operiert: »There is no alternative« – »Es gibt keine Alternative«. In Deutschland fanden die entsprechenden neo-liberalen Programme allerdings erst verspätet Anklang, nämlich nach dem Ende des realexistierenden Sozialismus. In der alten Bundesrepublik des Kalten Krieges herrschte der Mittelweg eines wohltemperierten Kapitalismus, sprich: die soziale Marktwirtschaft. Doch 1989 schien der Kapitalismus gesiegt zu haben, das Ende der Geschichte damit gekommen zu sein. Seither vollzieht sich eine gewaltige, bis heute fast ungebremste globale Machtverschiebung zulasten der Politik und zugunsten der Ökonomie.

»Seit 1989 vollzieht sich eine gewaltige, bis heute fast ungebremste globale Machtverschiebung, zu Lasten der Politik und zugunsten der Ökonomie.«

Inzwischen hat sich auch die Bundesrepublik sehr weit von ihrer einstigen sozialökonomischen Verfasstheit entfernt. Denn mit der Dominanz der Märkte erodierte auch ihr »sozialer Gründungskompromiss« (Lutz Niethammer), das Prinzip von gehegtem Konflikt und Kompromiss zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Dieser Ausgleich hatte erst jene Massenloyalität geschaffen, die der Erfolgsgeschichte des westdeutschen Sozialstaats zugrunde lag. Vor genau 35 Jahren erläuterte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt die Besonderheit des »Modells Deutschland«: Während es üblicherweise drei Produktionsfaktoren gebe – Arbeit, Kapital und Boden –, habe Deutschland einen zusätzlichen, vierten: den sozialen Frieden. An diesem waren alle politischen und wirtschaftlichen Institutionen, Banken und Unternehmen, beteiligt.

Heute dagegen ist etwa die »Deutsche Bank« längst nicht mehr Teil des Modells Deutschland, sondern als Global Player Teil jenes internationalen Finanz- und Spekulationssystems, das »uns alle, fast die ganze Welt, in die Scheiße geritten hat« – so O-Ton Helmut Schmidt auf dem Höhepunkt der Griechenland-Krise in der *ZEIT*.

Mit der Finanzkrise enden aber auch die Zeiten jenes enormen blinden Systemvertrauens, das noch die 90er Jahre geprägt hatte – und auch die SPD infizierte. Gestützt auf die Luhmannsche Annahme eines autopoietischen Funktionierens der gesellschaftlichen Subsysteme, hielt die Schröder-SPD die Wirtschaft für hochgradig selbstregulativ. Nicht nur bei Tony Blair richtete sich alles nach der ersten Devise von Anthony Giddens, dem Begründer des »Dritten Weges«: Die Wirtschaft hat Vorrang; denn bekanntlich war auch mit Gerhard Schröder damals keine Politik gegen die Wirtschaft zu machen.

Doch mit Beginn der Finanzkrise zeigte sich schlagartig, dass von einer wundersam heilenden unsichtbaren Hand auf den globalen Märkten nicht die Rede sein kann. Der Crash des Finanzsystems erwies sich vielmehr als finaler

Verlust der vermeintlichen Systemrationalität. Gleichzeitig schwindet das Vertrauen in das westliche System und seine Lösungsfähigkeit – und mehr und mehr auch in die Demokratie. Ohne ein gewisses Maß an Grundvertrauen aber kann kein System, kann keine Gesellschaft langfristig funktionieren. Wenn man sich auf den Staat nicht verlassen kann, liegen die Folgen auf der Hand: Der Einzelne löst seinen individuellen Gesellschaftsvertrag auf, zieht sich immer mehr ins Private zurück und sorgt selbst, so gut wie es eben geht, für seine Sicherheit.

Die neue Nischengesellschaft

Nach dem 11. September 2001, der ähnliche Schockwellen auslöste wie die Finanzkrise, hatte zeitweilig der Begriff der Parallelgesellschaften Konjunktur. Er sollte auf die Existenz fundamentalistischer islamischer Nebenwelten aufmerksam machen, aber gleichzeitig suggerierte er die Existenz einer Hauptgesellschaft, die noch in einem gemeinsamen politischen Kommunikations- und Verständigungszusammenhang eingebettet sei. Zehn Jahre später trifft der von Günter Gaus einst für die DDR geprägte Begriff der Nischengesellschaft den gegenwärtigen Zustand der Bundesrepublik weit besser.

»Mehr und mehr entzieht sich der Einzelne der öffentlichen Auseinandersetzung, um sich in seiner privaten Nische ganz den eigenen Angelegenheiten widmen zu können.«

Mehr und mehr entzieht sich der Einzelne der öffentlichen Auseinandersetzung, um sich in seiner privaten Nische ganz den eigenen Angelegenheiten widmen zu können. Dieses neue *animal asociale* beschränkt sich ganz auf den eigenen Nahraum, den Bereich der Gleichgesinnten und Gleichsituierten. Aus der inzwischen arg diffamierten Fernstenliebe angeblicher Gutmenschen ist auf diese Weise allenthalben praktizierte Nächsten-

liebe im Wortsinne geworden – nämlich die Pflege der eigenen Familie, was der eigenen Absicherung am ehesten dienlich zu sein verspricht.

Dieser neoliberale Rückzug auf das Private fand seine ideologische Untermauerung ebenfalls in einem legendären Zitat von Margaret Thatcher: »There is no such thing as society. There are individual men and women, and there are families.« Kurz: Es gibt keine Gesellschaft, es gibt nur Individuen und Familien, die als letzter Rückzugs- und eigentlicher Bezugsort fungieren. Getreu der Devise: »Wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht.« Auf diese Weise löste die Überzeugungstäterin Thatcher den in den westlichen demokratischen Wohlfahrtsstaaten geschlossenen Sozialvertrag zwischen den unterschiedlichen Schichten und Klassen auf. Die Folge davon erleidet Großbritannien derzeit in den Straßen von London, Manchester und Birmingham. In der neoliberalen Vorstellung tritt an die Stelle der Gesellschaft die bloße Ansammlung von Märkten, auf denen sich Menschen als Kunden oder Verkäufer begegnen – allein und nach ihren je eigenen Interessen. Damit hat der Wille zur Zerschlagung der einstigen politischen Gesellschaft zu kleinteiligen, den eigenen Nutzen maximierenden Gemeinschaften seinen geistigen Überbau gefunden. Der politisch mündige Bürger dankt ab, an seine Stelle tritt der bloße Konsument. Dieses Phänomen, das bereits vor 1989 seinen Ausgang nahm, ist heute ein gesamtgesellschaftliches. Auch wenn wir mit dem Finanzcrash das Ende jenes über 20-jährigen neoliberalen Zyklus erleben, der geistige Überbau des

Neoliberalismus ist weiter quicklebendig. In den Mentalitäten wirkt er unvermindert fort. Ja, schlimmer noch: Seine Konsequenzen kommen jetzt, in Zeiten der Krise, in Deutschland erst richtig zum Tragen. Ein jeder versucht zuerst, ganz im Thatcherschen Sinne, seine Schäfchen ins Trockene zu bringen. »Rette sich wer kann, nach uns die Sintflut«, lautet die Devise. Damit wird die bloße Behauptung vom Ende der Gesellschaft zur selbsterfüllenden Prophezeiung.

Links und rechts als Nonplusultra

Die Frage stellt sich, inwieweit sich der Einzelne noch als Mitglied des Gemeinwesens, also als Staatsbürger begreift. Von gelebter oder wenigstens gefühlter Staatsbürgerlichkeit jedenfalls kann immer weniger die Rede sein.

Damit stehen wir an der Weggabelung: »Voice« oder »Exit«. Tendiert die wachsende Wut zu mehr öffentlicher Partizipation oder zum endgültigen Rückzug in das privatistische Ressentiment und den Hass auf die Anderen, *die* Politiker, *die* Ausländer, *die* Bonzen. Einerseits könnte das Ende des *homo oeconomicus* die Chance für eine Revitalisierung des *homo politicus* bedeuten, der sich wieder mehr an den politischen Angelegenheiten beteiligt. Oder aber, wir werden alle zu »Idioten« – griechisch für den Privatmann –, die sich als postdemokratische Ohne-Michels in ihre weltabgewandten Nischen zurückziehen.

»Von gelebter oder wenigstens gefühlter Staatsbürgerlichkeit kann immer weniger die Rede sein.«

Die Politik hat an der Beantwortung dieser Frage entscheidenden Anteil. Fatal wäre es, wenn sie weiter der Versuchung folgen und sich der Rhetorik der Alternativlosigkeit bedienen würde. Schon die Schrödersche »Basta«-Politik meinte, im Falle von Hartz IV ohne überzeugende Begründung auskommen zu können – die SPD leidet heute noch darunter. Wenn sich nun aber der Eindruck weiter verfestigt, die Entscheidungsmacht liege nur noch bei den Märkten, kann die Politik endgültig abdanken. Deshalb ist der Kampf um die EU von derart überragender Bedeutung. Es geht schlicht um das Primat der Politik. Oder anders ausgedrückt: Wer hat die Macht? Die Finanzmärkte oder die Demokratie. »Politik ist das Schicksal« hatte Napoleon noch behaupten können, 100 Jahre später wurde ihm von Walther Rathenau widersprochen: »Nicht die Politik ist das Schicksal, sondern die Wirtschaft.« Vulgo: »It's the economy stupid« (Bill Clinton).

Über 20 Jahre lang haben wir nun eine wachsende Ohnmacht der Politik erlebt. Doch die »Neue Mitte« der Clintons, Blairs und Schröders hat der Politik selbst zu enge Grenzen gesetzt – und damit die Entpolitisierung befördert. Daher ist die mentale Zurichtung des Menschen vom *homo politicus* zum *homo oeconomicus*, vom *animal sociale* zum *animal asociale* nicht von heute auf morgen zu beseitigen. Die Konsequenz aber, so diese Entwicklung nicht gestoppt werden kann, liegt auf der Hand: Populisten jeglicher Couleur werden weiteren Zulauf erhalten. Die Revitalisierung politischen Interesses muss daher bei der Frage nach den politischen Alternativen ansetzen. Eine echte politische Debatte wird nur stattfinden, wenn unterschiedliche politische Ansätze vorhanden sind. Links und rechts müssen daher im deutschen Parteienspektrum wieder unterscheidbar werden. Hier aber ist – angesichts einer schon heute völlig ausgelaugten Regierung – niemand mehr als die deutsche Sozialdemokratie gefordert.